

21.11.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Rettenungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!

I. Ausgangslage

Die seit vielen Jahren größte Demonstration vor dem Landtag am 19. Oktober 2023 „NRW bleib sozial!“ hat gezeigt: Die Pflege in NRW brennt lichterloh. Die Träger stehen vor dem finanziellen Bankrott. Pflegeschulen schließen. Ausbildungszahlen gehen zurück. Angehörige wissen nicht mehr weiter und die Pflegekräfte stehen am Rande des Belastbaren, zugleich steigen die Eigenanteile in der stationären Pflege ins Unbezahlbare. Alle Formen der Pflege, stationär, teilstationär und ambulant, stehen unter massivem Druck. Aktuelle Zahlen des MAGS zeigen, dass es in NRW mehr als viermal so viele Insolvenzen wie im Vorjahr gibt. Betroffen sind mittlerweile 103 Einrichtungen; im gesamten Jahr 2022 waren es noch 25. Das Wachstum ist geradezu exponentiell.

Die Insolvenzen führen darüber hinaus dazu, dass das Taschengeld der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner durch eine Gesetzeslücke in die Insolvenzkasse gelangen kann. Hier muss eine Änderung vorgenommen werden. Das Taschengeld muss verpflichtend auf anderen Konten gespeichert werden, damit dieses im Insolvenzfall nicht weg ist. Um die vielen sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen in NRW zu retten, benötigt es eine kurzfristige und eine langfristige finanzielle Unterstützung.

Jetzt braucht es einen einmaligen Schutzschirm, der die Existenz der Einrichtungen sichert. Langfristig muss die Landesregierung ihrer Investitionskostenpflicht endlich ausreichend nachkommen. Der Investitionsstau in der Pflege darf nicht weiter anwachsen.

Pflege ist für viele Menschen ein Traumjob. Doch viele Pflegerinnen und Pfleger hängen ihren Beruf an den Nagel, weil sie den Druck nicht mehr aushalten: Überstunden, Bürokratie, zu wenig Personal. Keine Zeit für Patientinnen und Patienten. Das ist in NRW bittere Realität. Die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte müssen sich schnell verbessern. Dazu sind neben einer besseren Bezahlung vor allem Entlastungsaspekte ein wesentlicher Bestandteil für angemessene Arbeitsbedingungen: planbare und familienfreundliche Arbeitszeiten, eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Personalbemessung und langfristig eine 35-Stunden-Woche. Nur so kann der Pflegeberuf wieder attraktiv gestaltet und der Mensch in den Mittelpunkt der Pflege gestellt werden.

Umso fataler entwickeln sich die Ausbildungszahlen der Pflege in NRW. In NRW gingen die Ausbildungszahlen überdurchschnittlich um neun Prozent zurück. Im Bund sanken sie im Vergleich um sieben Prozent. Auf nordrhein-westfälischer Ebene müssen eigenständige Maßnahmen ergriffen werden, die eine Pflegeausbildung wieder attraktiv machen. Dazu gehört neben verbesserten Arbeitsbedingungen die psychosoziale Beratung, außerschulische Coaching-Angebote und Schulsozialarbeit.

Die Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, bei Problemen auf Berlin zu zeigen. Dabei hat NRW jede Menge eigene Hausaufgaben, für die das Land selbst verantwortlich ist und entschlossen handeln muss. Am eindeutigsten wird dies bei der Zuständigkeit für Investitionen: Hier ist die Landesregierung allein verantwortlich.

Dass das Land zu wenig tut, zeigt insbesondere die Situation der Pflegeschulen in NRW: Für eine qualitative Pflegeausbildung müssen die Pflegeschulen bestens ausgestattet sein. Die Investitionen des Landes decken aber für viele Schulen nur 30 bis 50 Prozent der notwendigen Aufwendungen ab. Auch hier kommt das Land seiner Investitionspflicht nicht ausreichend nach. Pflegeschulen sind der Ort, an dem die Pflege beginnt. Wenn hier gespart wird, wird der gesamte Beruf kaputtgespart.

Diejenigen, die nicht stationär gepflegt werden, sind auf die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen. In NRW steigt die Zahl der Pflegebedürftigen kontinuierlich an. Laut IT.NRW wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen in Nordrhein-Westfalen bis 2050 auf 1,6 Millionen Menschen erhöhen. Gerade deshalb werden wir stärker denn je auf ambulante Dienste und pflegende Angehörige setzen müssen. Für die meisten ist dies aber eine Ausnahmesituation, die sehr belastend und überfordernd sein kann. Auch hier liefert die Landesregierung keine Antworten auf die Frage, wie diese Menschen besser unterstützt und entlastet werden sollen.

NRW muss sicherstellen, dass pflegende Angehörige in Zukunft ihre Mitmenschen weiter unterstützen können. Sie sind unersetzbar, aber nicht unkaputtbar. Sie leisten jeden Tag eine respektvolle Aufgabe, der ebenso mit Respekt begegnet werden muss. Deshalb muss die Landesregierung jetzt sofort Maßnahmen ergreifen, die sie unterstützen. Dazu zählen beispielsweise: das GemeindegeschwisterPlus-Projekt, der Ausbau der Digitalisierung oder Kurzzeit-, Tages-, und Nachtpflegeplätzen sowie Pflegehotels in akzeptabler Nähe zu etablieren.

Die Pflege hat es verdient, jetzt endlich in den Fokus der nordrhein-westfälischen Regierung genommen zu werden. Jetzt braucht es umfangreiche Maßnahmen, Initiativen und Gespräche mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren aus der Pflege selbst. Das muss es der Landesregierung allemal wert sein.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- die Trägerlandschaft in der Pflege in NRW vor einer finanziellen Notsituation steht,
- eine Schließungswelle der Träger in NRW nur durch eine kurzfristige finanzielle Unterstützung vermieden werden kann,
- eine qualitative Pflegefachausbildung einen entscheidenden Beitrag für eine respektvolle Pflege in NRW leistet,
- die Pflegeschulen in NRW nicht zuletzt durch die aktuellen Krisen unter einer enormen finanziellen Belastung stehen,

- pflegende Angehörige zukünftig eine noch wichtigere Rolle in der Pflegeversorgung übernehmen,
- schon jetzt Pflegende Angehörige an der Belastungsgrenze sind und dringend Unterstützungsbedarf benötigen,
- die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften durch die Landesregierung verbessert werden können und müssen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- ein Rettungsprogramm Pflege aufzulegen, welches die folgenden Bereiche abdecken muss:

Finanzielle Absicherung der Pflegelandschaft:

- Die Landesregierung muss einen landeseigenen Schutzschirm in Höhe von 80 Millionen Euro zum Erhalt der sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen auflegen.
- In NRW muss zur nachhaltigen Finanzierung ein neues Investitionsprogramm Pflege NRW etabliert werden, um die Pflege-Insolvenz-Welle in NRW zu stoppen.
- Das Land NRW muss sich für eine Gesetzesänderung einsetzen, die eine Veränderung bei der Verwaltung des Taschengeldes von Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern sicherstellt. Diese muss ermöglichen, dass das Taschengeld im Insolvenzfall nicht weg ist.
- Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Träger von Pflegeeinrichtungen schnell und zuverlässig entlohnt werden.
- Die sehr hohen Eigenanteile an den Pflegeheimkosten müssen reduziert werden. Hierzu muss die Landesregierung ihren Anteil über die Investitionskosten erhöhen.
- Die Landesregierung muss mit allen Akteurinnen und Akteuren einen Dialog zur Verbesserung der Situation in der Pflege führen. Sie muss sich dem von Bundeskanzler Olaf Scholz vorgeschlagenen Deutschlandpakt anschließen und den Weg frei machen für einen NRW-Pakt Pflege.
- Die Kampagne der Freien Wohlfahrtspflege „NRW bleib sozial!“ muss von der Landesregierung breite Unterstützung erfahren.

Sicherstellung einer qualitativen Pflegeausbildung:

- Die Landesregierung muss Initiativen zur Sicherstellung der Ausbildungsqualität starten. Wesentliches Ziel dieser Initiativen: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den kommenden Jahren erhöhen.
- Psychosoziale Beratung und Schulsozialarbeit fehlen in der Pflege noch zu sehr. Hierzu muss die Landesregierung mit den einschlägigen Akteurinnen und Akteuren ein ganzheitliches Konzept entwickeln.

- Außerschulische Coaching-Angebote müssen in der Pflegeausbildung stärker mitgedacht werden. Hierzu muss das Angebot verbessert werden.
- Um das methodengeleitete Anleiten und Begleiten von Pflegeschülerinnen und -schülern zu verbessern, soll die Praxisanleitung in der Pflegeausbildung ausgebaut und Praxisanleiter gestärkt werden.
- Überall wo es möglich ist, muss die Landesregierung bürokratische Hürden in der Arbeit der Pflege abbauen. Zusätzlich muss die Landesregierung dafür sorgen, dass die Abstimmungen mit den Bezirksregierungen beim Abschluss der Pflegeausbildung verbessert werden, damit Auszubildende nicht monatelang auf ihr Zeugnis warten müssen.
- Die unzureichende Investitionskostenförderung der Pflegeschulen muss beendet werden. Die Landesregierung muss die Pflegeschulen mit soliden Finanzmitteln ausstatten.
- Für die Pflegeschulen muss die Landesregierung eine Digitalisierungsoffensive starten.
- Zur Stärkung des Lehrpersonals an Pflegeschulen soll die Landesregierung einen staatlichen Studiengang für die Pflegeausbildung schaffen.

Pflegende Angehörige besser unterstützen:

- Die Landesregierung muss ein Bündnis zur Unterstützung pflegender Angehöriger ins Leben rufen.
- Kur- und Reha-Angebote für pflegende Angehörige müssen erweitern und neue Wohnformen wie Wohngemeinschaften müssen finanziell und institutionell stärker unterstützt werden.
- Das Land NRW muss ein Landesprogramm zur Förderung von Kurzzeit-, Tages-, und Nachtpflegeplätzen sowie Pflegehotels in akzeptabler Nähe etablieren. Ein Fokus soll dabei auf die Versorgung von Kindern und Jugendlichen (pädagogische Konzepte) gelegt werden.
- NRW muss den Erfolg des GemeindegewerksPlus-Projektes aus Rheinland-Pfalz nutzen. Entsprechende Modellprojekte müssen eingeführt werden. Im Zuge dessen müssen die Pflegestützpunkte ausgebaut und an das GemeindegewerksPlus-Projekt angebunden werden.
- In NRW muss die Digitalisierung stärker zur Entlastung pflegender Angehöriger genutzt werden. Dazu muss das Angebot an passenden Anwenderschulungen für digitale Unterstützungsmöglichkeiten mit qualifiziertem Personal flächendeckend aufgebaut werden.
- Die Digitalisierung in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Pflegezentren, Pflegediensten und Beratungsstellen muss von der Landesregierung ausgebaut und Wohnungen von pflegenden Angehörigen und Pflegebedürftigen müssen digital umrüstet werden.
- Das Land NRW muss ein zentrales Notfalltelefon und eine Vermittlungsstelle für akute Belastungssituationen für die Vermittlung von kurzfristigen Alternativlösungen einführen. Zusätzlich soll es eine psychologische Krisenberatung für pflegende Angehörige mit einem zentralen Krisentelefon in NRW geben.

Pflegeberuf stärken und wieder zum Traumjob machen:

- Die Landesregierung muss eine Personaloffensive für die Pflege in NRW starten. Diese soll zum Ziel haben, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Pflege schnell zu verbessern.
- In NRW muss die Gewinnung von ausländischen Fachkräften vorangetrieben werden. Dazu müssen Berufsabschlüsse schneller anerkannt und die dazugehörigen Prozesse einfacher gestaltet werden.
- Ein „Pflege-Comeback“-Programm muss das Land NRW einführen. Dieses soll ausgestiegenes Pflegepersonal in den Pflegeberuf zurückholen. Dafür sollen Menschen gezielt angesprochen werden und die Gründe für den Ausstieg aus der Pflege sowie die Voraussetzungen für eine Rückkehr in den Pflegeberuf abgefragt, analysiert und genutzt werden.
- Die Landesregierung muss eine landeseigene Strategie zur Prävention von Anfeindungen gegenüber dem Gesundheitspersonal und zum Schutz vor seelischer und körperlicher Gewalt entwickeln.
- In einem ersten Schritt sollte die Landesregierung Handreichungen und Förderungen von Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen in Krankenhäusern, Praxen, Senioreneinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe bereitstellen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade

und Fraktion